

ARBEITSGRUPPE
"HISTORISCHE STANDORTSBESTIMMUNG"

VERTRAULICH

Unter Verschluss zu halten oder nach Kenntnisnahme an das Sekretariat der Arbeitsgruppe "Historische Standortsbestimmung", Handelsabteilung, Bundeshaus, 3003 Bern, zurückzusenden.

Exemplar Nr. 000

P r o t o k o l l

der Sitzung vom 21. November 1970

Thema: Europäische Integration

Anwesende Mitglieder: Herren Botschafter A. Weitnauer, Vorsitz
Nationalrat R. Broger
Nationalrat P. Dürrenmatt
Prof. J. Freymond
Nationalrat P. Freymond
Nationalrat W. Hofer
Ständerat H. Hürlimann
Chefredaktor F. Landgraf
Prof. H. Lüthy
Regierungsrat R. Meylan
Nationalrat O. Reverdin
Botschafter P. Ruedger
Botschafter M. Troendle
Oberstkorpskdt E. Uhlmann
a. Bundesrat F.T. Wahlen
Nationalrat Prof. M. Weber

Abwesende Mitglieder: Prof. E. Böhler
Ständerat F. Bolla
Prof. E. Bonjour
a. Nationalrat W. Bretscher
Prof. K. Eichenberger
Ständerat C. Grosjean
Prof. J.R. von Salis

Andere Teilnehmer: Bundesrat E. Brugger
Botschafter P. Jolles
Botschafter P. Micheli
Botschafter R. Bindschedler
Botschafter E. Diez
Botschafter A. Grübel
Botschafter A. Janner
Botschafter S. Marcuard
Botschafter R. Probst
Botschafter E. Thalmann

- 2 -

Minister A. Natural
P. Erni
Dr. K. Jacobi
Dr. B. von Tscharner
C. Eckenstein

Protokoll:

Dr. S. Arioli
Dr. P. Bratschi
Dr. G. Hentsch
P.Y. Simonin

Beginn der Sitzung: 10.30 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst insbesondere Herrn Bundesrat Brugger. Herr Bundesrat Graber muss sich zu seinem Bedauern entschuldigen, da er im letzten Augenblick durch eine andere Verpflichtung in Anspruch genommen wurde. Herr Prof. Böhler lässt sich für die heutige Sitzung ebenfalls entschuldigen und teilt gleichzeitig mit, dass er aus gesundheitlichen Gründen gezwungen sei, auf die Mitgliedschaft zu verzichten. Dieser Rücktritt ist sehr zu bedauern, denn Herr Prof. Böhler war weit mehr als nur der Nationalökonom unserer Gruppe. Seine Voten wirkten vor allem deshalb stimulierend, weil sie von einer modernen Gesinnung und von ausgedehnten Kenntnissen in anderen Bereichen, insbesondere dem der Psychologie zeugten und daher eine wertvolle Bereicherung unserer Beratungen darstellten.

Als neues Mitglied, das erstmals an den Arbeiten der Gruppe teilnimmt, begrüsst der Vorsitzende Herrn Ständerat Hürlimann. Zwei Themen sind Gegenstand der heutigen Sitzung. Erstens soll eine Bilanz des Integrationsproblems nach der Eröffnungserklärung vom 10. November gezogen und ein Ausblick auf die bevorstehenden Erkundungsgespräche versucht werden. Zweitens soll die Frage der Information über die Integrationsvorgänge besprochen werden. Der Gruppe wurde ein Frageschema zu diesem Gegenstand und eine Zusammenfassung einer vorläufigen Aussprache zwischen einigen Mitgliedern der Gruppe zugestellt. Der Vorsitzende schlägt vor, nach einer einleitenden Orientierung durch Herrn Botschafter Jolles die beiden Themen gleichzeitig zu diskutieren.

Herr a.Nationalrat Bretscher hat in Aussicht gestellt, seine Gedanken zur Frage der Information schriftlich für das Protokoll zusammenzufassen *). Einem von verschiedenen Anwesenden geäußerten Wunsch werden wir gerne nachkommen und den Mit-

*) vgl. seine Ausführungen in der Beilage

gliedern den Text der Eröffnungserklärung in den drei Landessprachen und auf Englisch zukommen lassen.

Herr Botschafter Jolles:

Ich möchte mich auf einige kurze Erläuterungen zu unserer Eröffnungserklärung beschränken. Diese Erklärung hat einen grundsätzlich verschiedenen Charakter von derjenigen des Jahres 1962, denn es ging um die Eröffnung von Erkundungsgesprächen und nicht von Verhandlungen. Daraus ergab sich insofern eine erste Schwierigkeit, als das Dilemma zu lösen war zwischen dem von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsch nach möglichst präzisen Vorschlägen einerseits und der Gefahr andererseits, durch allzu konkrete Formulierungen die EG-Länder zu neuen internen Verhandlungen über das Mandat der Kommission zu veranlassen. Wir sind bei der Abfassung der Erklärung nicht vom Römer Vertrag ausgegangen, sondern haben ihr das Haager Communiqué zugrundegelegt, das die Alternative vom Beitritt oder von besonderen Beziehungen eröffnete. Wir haben dem Wunsch Ausdruck gegeben, dass wir die Schaffung von besonderen Beziehungen anstreben und dass hierfür die Gespräche rasch aufgenommen werden sollten, damit der gleichzeitige Abschluss mit den Beitrittsverhandlungen gewährleistet sei und dem Informationsbedürfnis des Parlamentes und des Schweizer Volkes zwischen der Gesprächs- und Verhandlungsphase Rechnung getragen werden könne.

Bei der Umschreibung des Begriffes der besonderen Beziehungen sind wir von der gegenseitigen Interessenlage und nicht von der Systematik des Römer Vertrages ausgegangen. Auch wenn die Erklärung einen positiven Grundton aufweist, so ist sie sachlich doch restriktiver als diejenige von 1962. Wir haben unterstrichen, dass der Fächer der Lösungsmöglichkeiten und die Wahl des Verhandlungsmodells vorläufig offen bleiben müssen.

Die österreichische Eröffnungserklärung unterscheidet sich von der unsrigen darin, dass sie die Option für eine Freihandelszone weniger deutlich ausspricht. Zwar wird der Vorbehalt der Treaty making power erwähnt, doch wird andererseits eine Harmonisierung der Zölle nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Auch im Bereich der Landwirtschaft zeigt sich die österreichische Erklärung positiver. Sie postuliert auch für Agrarprodukte den freien Warenverkehr, wobei sie allerdings den Vorbehalt anbringt, dass dieser "zu einem geeigneten Zeitpunkt unter Berücksichtigung der Politik der Gemeinschaft und jener Oesterreichs" hergestellt werden sollte. Oesterreich will sich dadurch die Aufrechterhaltung von mengenmässigen Beschränkungen vorbehalten. Schliesslich bekundeten die Oesterreicher weniger Interesse an der Integration der zweiten Generation. Auch der institutionellen Ausgestaltung geben sie weniger Gewicht. Den Beitritt haben sie klar ausgeschlossen, während wir uns nur in positiver Weise für besondere Beziehungen, ohne irgend eine Lösung vorweg abzulehnen, ausgesprochen haben.

Die Schweden haben im ersten Teil ihrer Erklärung dargelegt, dass sie alle Bedingungen eines Beitritts für erfüllbar erachten, wobei sie allerdings die Vorbehalte von 1962, insbesondere die Neutralitätspolitik mit Einschluss der Treaty making power bestätigen. Die Erklärung hat denn auch in Brüssel den Eindruck hinterlassen, dass die Schweden keine Mitgliedschaft anstreben. Herr Scheel hat an der Pressekonferenz in Anwesenheit des schwedischen Handelsministers bemerkt, dass der Beitritt als Lösung wohl in den Hintergrund getreten sei. Den Ausschlag hat für die Schweden wahrscheinlich die Erwägung gegeben, dass mit dem Davignon- und dem Werner Bericht die Integration der EG eindeutig eine politische Intensivierung erfahren hat. In der schwedischen Erklärung wird denn auch die gemeinschaftliche Währungspolitik aus neutralitätspolitischen Gründen als unannehmbar bezeichnet.

Alle drei Erklärungen bestätigen den Willen zur Aufrechterhaltung der Neutralitätspolitik und unterstreichen deren Bedeutung als Element der europäischen Sicherheit. Ferner stellen alle drei das Interesse an einer umfassenden Lösung, an der Aufrechterhaltung der EFTA-Zollfreiheit und damit am Parallelismus der Verhandlungen in den Vordergrund.

Die Aufnahme, die die Erklärungen bei den EG gefunden haben, ist nach den Äusserungen von Aussenminister Scheel bei der Entgegennahme der Erklärungen und an der Pressekonferenz zu beurteilen. Das gemeinsame Abendessen, an dem sich die Gelegenheit zu informellen Gesprächen gegeben hätte, ist wegen des Todes von General de Gaulle ausgefallen. Herr Scheel hat bestätigt, dass die Kommission ermächtigt sei, die Gespräche mit den Neutralen aufzunehmen. Dies ist der entscheidende Fortschritt. Die schweizerische Delegation wird dementsprechend am 16. Dezember das Gespräch mit dem Kommissionsvertreter, Herrn Deniau, aufnehmen, die schwedische Delegation am 17. Dezember 1970 und die österreichische am 5. Januar 1971. Herr Scheel hat der Auffassung Ausdruck gegeben, dass die Aufrechterhaltung der Neutralität der drei Länder im Interesse Europas liege. Auch hierin ist eine positive Neuentwicklung und Verbesserung der Ausgangslage zu erblicken. Ferner hat er die Wünschbarkeit einer Gesamtlösung unterstrichen. Offensichtlich improvisiert und deshalb nur mit Vorsicht aufzunehmen war seine Äusserung an der Pressekonferenz, dass nicht einzusehen sei, weshalb nicht für die drei Neutralen in unterschiedlicher Weise eine Zollunion oder eine Freihandelszone in Aussicht genommen werden könne. Die schweizerische Erklärung scheint bei der Gemeinschaft eine gute Note erhalten zu haben. Ihr präziser, ehrlicher, konstruktiver Charakter wurde geschätzt. Sie verschweigt die Schwierigkeiten nicht und gibt den Eindruck, dass wir eine Konzeption vorbereiten.

- 7 -

Dass wir am 16. Dezember als erste das Gespräch mit der Kommission aufnehmen können, hat den Vorteil, dass unsere Konzeption durch die Vorschläge der anderen beiden Neutralen nicht präjudiziert wird. Die erste Sitzung auf Delegations-ebene wird voraussichtlich in erster Linie die Formulierung von Mandaten für gemeinsame Arbeitsgruppen zum Ziel haben. Damit können natürlich bereits gewisse Weichenstellungen vorgenommen werden, auch wenn noch nichts entschieden wird. Was den Kalender der Verhandlungen und Gespräche gesamthaft angeht, so waren wir einigermaßen überrascht festzustellen, dass man mit einem sehr raschen Rhythmus rechnet. Die Hauptprobleme der Beitrittsverhandlungen will man im nächsten halben Jahr gelöst haben. Die entsprechenden Abkommen sollen bis Ende des nächsten Jahres perfekt sein. Dementsprechend will die Kommission ihren Bericht über die Erkundungsgespräche mit den Neutralen noch vor den Sommerferien dem Ministerrat vorlegen können. Bei unserem kürzlichen Besuch in Luxemburg hat man uns allerdings zu verstehen gegeben, dass dieses Programm auch taktisch bedingt sei. Die Franzosen wollen vermeiden, dass die Verhandlungen während ihres Präsidentschaftsjahres festfahren, und sie dringen deshalb darauf, dass die Schwierigkeiten noch in diesem Jahr offengelegt werden. Wie dem auch sei, wir müssen uns jedenfalls dem Tempo der anderen anpassen. Darin liegt auch eine gewisse Chance, da die Kommission - wie sie selbst behauptet - keine eigene Konzeption für die Lösungen mit den Neutralen hat. Vielleicht ist aber auch diese Behauptung nur taktisch bedingt. Die Verhandlungen werden jedenfalls nicht einfach sein. Es ist klar, dass die schweizerische Öffentlichkeit wissen will, worüber wir in Brüssel sprechen. Es ist aber unbedingt zu vermeiden, dass die öffentliche Diskussion in der Schweiz den Gang der Gespräche stört, indem sie z.B. gewisse Lösungen ausschliesst oder aufzwingt. Wir denken deshalb daran, während der Gespräche dem Informationsbedürfnis hauptsächlich durch tatbeständliche Darstellungen des Integrationsprozesses, seinen

besonderen Methoden, der bisher erreichten Ziele etc., entgegenzukommen. Wir sind Ihnen aber sehr dankbar für Ihre Meinung und Ihre Vorschläge zu dieser wichtigen Frage.

Der Vorsitzende:

Ich danke Herrn Jolles für seine klaren und umfassenden Ausführungen, in denen er auch das Informationsproblem bereits angeschnitten hat.

Dieses Problem zerfällt m.E. in zwei grundlegende Fragen: Die erste betrifft die Substanz und die zweite das Timing.

Zum ersten Punkt, demjenigen der Substanz, könnte aus machiavellistischer Ueberlegung die Vorfrage aufgeworfen werden: Wollen wir überhaupt ausgiebig informieren? Die Frage stellen heisst sie sogleich beantworten: Wir müssen informieren. Aller Voraussicht nach wird der aus den Verhandlungen in Brüssel hervorgehende Vertragstext in die Gestalt eines Verfassungsgesetzes zu kleiden und damit Volk und Ständen zur Abstimmung vorzulegen sein. Allein schon aus diesem Grunde ist eine umfassende Aufklärung unserer Bevölkerung notwendig. Aus einer ungenügenden Orientierung könnte die Gefahr entstehen, dass die Oeffentlichkeit ihre Meinung gestützt auf simplistische oder gar sachlich falsche Darstellungen bildet, die ihr von irgendwoher vorgetragen werden.

Zur Frage nach der geeigneten Form, in der die Information auftreten sollte, ist an folgende Möglichkeiten zu denken: Eine erste Aktion könnte in der Ausarbeitung einer Fibel (glossaire) bestehen, worin die wichtigsten Fachausdrücke in einfacher, gemeinverständlicher Sprache erklärt würden. Diese Fibel wäre dem Publikum abzugeben, wobei in erster Linie an die politischen Parteien, Verbände, Zeitungsredaktionen, Universitäten sowie an alle übrigen interessierten Kreise zu denken wäre. Eine weitere Möglichkeit zur Orientierung der Bevölkerung sehe ich in einer Verstärkung der Vortragstätigkeit, wobei ich die hier versammelte Gruppe als besonders

qualifizierte Vermittler ansprechen möchte.

Die zweite grundlegende Frage betrifft das Timing. In diesem Punkt teile ich weitgehend die Auffassung von Herrn Nationalrat Bretscher, der mir seine Gedanken telephonisch mitgeteilt hat. Herr Bretscher warnt davor, zu früh und zu intensiv zu informieren, da sich im Publikum, auf lange Sicht gesehen, leicht Ermüdungserscheinungen einstellen würden. Dies hätte zur Folge, dass im kritischen Moment - d.h. dann, wenn das Verhandlungsergebnis vorliegt - das Volk nicht mehr in einen "Alarm"-Zustand maximaler Aufnahmefähigkeit versetzt werden könnte.

Gestatten Sie mir, Ihnen in diesem Zusammenhang kurz ein persönliches Erlebnis zu schildern. Vor einigen Tagen hatte ich die Ehre, anstelle von Herrn Bundesrat Brugger in Luzern einen Vortrag über Integrationsprobleme zu halten. In dem für fast 300 Zuhörer aufnahmefähigen Saal haben sich jedoch nicht mehr als 30 Personen eingefunden, wovon die Hälfte Leute waren, die unter diversen Titeln ohnehin gekommen wären (Teilnehmer am vorhergehenden Abendessen, Behördenvertreter, Journalisten). Dieses Beispiel mag erläutern, wie wenig sich das Publikum gegenwärtig für Integrationsprobleme erwärmt. Ich gehe deshalb mit Herrn Bretscher einig, dass eine Information "au fur et à mesure" der Konkretisierung des Verhandlungsergebnisses parallel fortzuschreiten hat. Dieses Vorgehen würde es erlauben, die Informationsbedürfnisse der Öffentlichkeit mit dem Verhandlungskonzept unserer Delegation in einem ständigen Gleichgewicht zu behalten, indem eine gesamthafte Orientierung erst im Hinblick auf die Volksabstimmung vorgenommen werden müsste. Im heutigen Zeitpunkt bestehen über den Ausgang der Verhandlungen noch derart viele Ungewissheiten, dass es dem Volk kaum zugemutet werden kann, sich bereits jetzt mit all den offenen Fragen und widersprüchlichen Thesen gründlich auseinanderzusetzen.

M. Professeur Freymond:

Au sujet de l'information, je voudrais poser une question très précise: qui la fait? Le Conseil fédéral, le Département de l'économie publique, le Département politique, le négociateur sur place, une entreprise de "public relations"?

Qu'est-ce qui existe? Qu'est-ce qui a été prévu?

Est-ce qu'on a mis en place des structures spéciales?

Bref: qui projette l'image?

Der Vorsitzende:

Ich kann Ihnen eine vorläufige Antwort geben. Die Verwaltung kann die Information unmöglich allein übernehmen. Wir müssen vielmehr Informanten ausbilden, die in den geeigneten Gremien über die Integrationsfragen orientieren können.

M. Professeur Freymond:

Pardonnez-moi, Monsieur le Président, ce n'est pas la réponse à la question que j'ai posée.

Je n'ai pas demandé qui seraient les intermédiaires (il y en aura toujours assez et même trop). C'est là une question secondaire dont on aura bien le temps de s'occuper.

Je demande: qui est à la source de l'information où se prennent les décisions quant à l'image à projeter?

Herr Botschafter Jolles:

Die von Herrn Bundesrat Brugger konzipierte Idee geht dahin, während der Explorationsphase die gesamte Informationspolitik in einer Person zentralisiert zu behalten. Dieser Mann wird Mitglied der Verhandlungsdelegation sein und ist direkt der Delegationsleitung unterstellt. Nur so besteht die erforderliche Gewähr für eine sachkundige, dem Negotiationsstand entsprechende und die Verhandlungslage berücksichtigende Orientierung.

Dabei muss der Delegationsleitung das Recht vorbehalten bleiben, selbständig darüber entscheiden zu können, welche Informationen freizugeben sind und welche nicht.

Dieser Mann konnte in der Person von Herrn Eckenstein gefunden werden; er wird im soeben skizzierten Sinne die Informationsaufgaben übernehmen.

Herr Bundesrat Brugger:

Das Informationsproblem wird mindestens so schwierig sein, wie die Gespräche und die Verhandlungen. Ich bin Ihnen deshalb sehr dankbar, dass Sie uns mit Ihren Fähigkeiten und Erfahrungen beistehen. Ich sehe drei verschiedene Arten von Information: Einmal ist in der Tagesinformation über den Gang der Gespräche und Verhandlungen zu berichten. Dafür ist der Delegationschef auf Beamten- oder Ministerebene verantwortlich. Administrativ wird sie bei einer Stelle, nämlich bei Herrn Eckenstein, zentralisiert werden. Zweitens haben wir eine Basisinformation zu liefern. Denkbar wäre hierfür eine Art von Integrationsfibel. Es könnte auch eine vereinfachte Form für die Mittelschulen ausgearbeitet werden. Diese Basisinformation ist dringend und notwendig, denn die Unwissenheit in ausenwirtschaftspolitischen Angelegenheiten ist ausserordentlich gross und die Aufklärung wegen der Komplexität der Materie sehr schwierig. Als Drittes kommt die politische Information dazu. Sie wird zum ersten Mal nach Abschluss der Erkundungsgespräche einzusetzen haben. Voraussichtlich wird dann der Bundesrat dem Parlament berichten, und an diesen Bericht wird sich eine parlamentarische Debatte anschliessen, die ihre Ausstrahlungen in die Oeffentlichkeit haben wird. In dieser Phase wird die Information unmöglich durch die Verwaltung allein besorgt werden können. Es werden dann vielmehr die traditionellen Träger der Information zum Zuge kommen müssen, wie die Parteien, die Neue Helvetische Gesellschaft, die Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung usw.

Wie das öffentliche Interesse dafür geweckt werden kann, ist eine Frage, die wir heute hier diskutieren sollten. Meine Erfahrungen in dieser Beziehung sind nicht so entmutigend. Das Erlebnis von Herrn Botschafter Weitnauer in Luzern ist vielleicht durch die Umstände des Einzelfalles zu erklären. Zum Beispiel hat sich bei einer Sendung des deutschschweizerischen Fernsehens gezeigt, dass das Interesse sehr gross war und nur noch durch dasjenige an der Diskussion über die Schwarzenbach-Initiative übertroffen worden ist. Darin hat sich übrigens auch die grosse Bedeutung, die heute der Television zukommt, bestätigt.

Herr Botschafter Ruegger:

Lassen Sie mich vorerst meinen grossen Dank an die zuständigen Stellen in der Regierung und der Verwaltung aussprechen für die meisterhafte Erklärung, die sie am 10. November vor dem EWG-Ministerrat abgegeben haben. Aus historischer Perspektive darf wohl schon heute gesagt werden, dass sich unsere Erklärung in Brüssel würdig an frühere und ähnliche Dokumente in der Geschichte unseres Landes anreicht, so denke ich an das Memorandum des Bundesrates an die Mächte betreffend die schweizerische Neutralität vom 14. Februar 1919, an die Botschaft des Bundesrates vom 4. August 1919 über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund und - "last but not least" - an die Erklärung des Herrn Bundesrat Wahlen aus dem Jahre 1962, die sich gegenüber derjenigen vom 10. November 1970 in keinem Widerspruch befindet, sondern lediglich unter andersartigen Umständen abgegeben wurde. Die schweizerische Erklärung, die, im Sinne des Wirkens von Pictet de Rochemont 1815, von einer grossen "souplesse et hardiesse" getragen ist, hat den Standpunkt unseres Landes klar und würdevoll dargelegt und ist deshalb mit Verständnis und Respekt aufgenommen worden. Wie man aus der Presse entnehmen konnte, fanden die Erklärungen Oesterreichs und Schwedens nicht denselben Widerhall.

Gestatten Sie mir nun die folgende Anregung: Wenn wir im kommenden Monat Dezember die Gespräche mit Brüssel aufnehmen und unsere Interessen in dieser Richtung konzentrieren werden, so sollte die Schweiz es nicht unterlassen, besonders auch mit London in möglichst engem Kontakt zu bleiben. Es entspricht einer historischen Tatsache, dass die angelsächsische Welt, speziell das frühere "Empire" Grossbritanniens, für die Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen, der sog. "special relationships" eine besonders grosse Erfahrung und Einsicht besitzt.

Von allen Integrationsproblemen beschäftigt mich am meisten die Frage nach dem Umfang und der Ausgestaltung eines schweizerischen Mitspracherechts in der Gemeinschaft. Wie weit wird es möglich sein, diesen Gegenstand in den Verhandlungen unter Kontrolle zu behalten, wiewohl wir noch nicht wissen, wie das Endresultat aussehen wird, und wir aus diesem Grunde eine möglichst flexible Haltung einnehmen müssen? Dabei sehe ich die Schwierigkeit weniger auf dem Gebiete der bilateralen Beziehungen Schweiz-EG; hier wird man auf altbewährte Institutionen wie Vergleichskommissionen und ad hoc-Richter greifen müssen, die die Gewährung des rechtlichen Gehörs in genügendem Ausmass sicherstellen. Problematischer dagegen verhält es sich bei EG-internen Entscheidungen, die Präjudizien schaffen, von denen auch die Schweiz betroffen werden kann. Auf welche Weise wird in solchen Fällen eine Mitsprache möglich sein? Es würde mich interessieren zu vernehmen, ob zur Behandlung dieser Probleme bereits an eine gemischte Arbeitsgruppe gedacht werden konnte.

Zur Informationsfrage möchte ich nur kurz bemerken, dass mir ein gestaffeltes Vorgehen als richtig erscheint. In einer ersten Phase gilt es, die Aufklärung auf die wichtigsten Fakten zu beschränken und damit die öffentliche Meinung sukzessive zu sensibilisieren. Erst später, wenn das Verhandlungsergebnis vorliegt, muss eine breit angelegte und sachlich umfassende Informationskampagne beginnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschliessend darauf hinweisen, dass wir in unsern Informationsanstrengungen immer wieder und mit aller Deutlichkeit die einmalige und einzigartige Institution der schweizerischen Neutralität betonen müssen und namentlich die Unterschiede gegenüber der Neutralität Oesterreichs und Schwedens unserer Volke klar vor Augen führen sollten.

Herr a. Bundesrat Wahlen:

Ich freue mich darüber, dass die Tür zu den Europäischen Gemeinschaften nun endlich geöffnet worden ist, nachdem auf unser Gesuch von 1962 bis jetzt keine Antwort erfolgt ist. Es erscheint mir richtig, bei der Information zwei Phasen zu unterscheiden. Wie Herr Bretscher bin ich der Meinung, dass in der ersten Phase Zurückhaltung geübt werden sollte. Wenn der Zeitungsleser jétzt mit Informationen überfüttert würde, dann wäre er in der entscheidenden späteren Phase nicht mehr genügend aufnahmebereit. Ich unterstützte die Idee eines Glossaire mit der von Herrn Bundesrat Brugger vorgeschlagenen Ergänzung. Wichtig ist dabei eine Aufklärung über ein mehr idealistisch konzipiertes Europa im Sinne etwa von Denis de Rougemont, damit sich der Bürger mehr Klarheit über den Platz der Schweiz in und ihre Verantwortung gegenüber Europa verschaffen kann. In der zweiten Phase wäre über die Alternativen und ihre Konsequenzen aufzuklären. Das Verhältnis zu Schweden und zu Oesterreich sollte in die Information nicht allzu sehr einbezogen werden, da diese Länder wenig zuverlässige Partner sind.

Was die Mittel der Aufklärung angeht, möchte ich bemerken, dass die Television wohl wichtig ist, dass sie aber heute kein Instrument in der Hand des Bundesrates darstellt. Das hat sich mit geradezu skandalöser Deutlichkeit gezeigt am Beispiel des Ausschlusses von Herrn Bundesrat Celio bei der Diskussion um die Bundesfinanzreform. Der Bundesrat sollte diesen Vorfall nicht stillschweigend hinnehmen.

Herr Nationalrat Dürrenmatt:

Herr Bundesrat Brugger hat soeben in klaren Worten sein Informationskonzept dargelegt, das er im wesentlichen in zwei Phasen unterteilt sieht: Danach besteht für den jetzigen Zeitpunkt die Absicht - gemäss den Worten von Herrn Bretscher - nicht zu früh und nicht zuviel zu informieren, während eine umfassende Aufklärung erst einsetzen soll, wenn ein konkretes Resultat vorliegt.

Gegen dieses Vorgehen hege ich einige Bedenken. Ohne die Notwendigkeit einer Phasenaufteilung bestreiten zu wollen, sehe ich in dem geschilderten Konzept ein gefährliches Vakuum, indem der grundlegenden Wandlung in der aussenpolitischen Haltung der Schweiz zu wenig Rechnung getragen wird. Die Aufklärung über diese Fragen ist von grösster Bedeutung und steht mit unserem Gang nach Brüssel in einem derart engen Zusammenhang, dass sie von der Behandlung der Integrationsprobleme nicht ausgeklammert werden darf.

Die Ausarbeitung einer Fibel scheint mir nützlich und überdies notwendig. Es ist deprimierend festzustellen, wie selbst massgebliche Leute über die Terminologie unserer Verhandlungskonzeption völlig falsche Vorstellungen haben und beispielsweise an einer Konferenz führender Persönlichkeiten der pharmazeutischen Industrie von einer "Assoziierung der Schweiz" sprechen oder an einer erst kürzlich in Basel durchgeführten pädagogischen Europatagung von EG-Teilnehmern der Vollbeitritt der Schweiz verlangt wird, ohne dass sich unsere Vertreter mit der nötigen Vehemenz zur Wehr gesetzt hätten. Besonders bedenklich stimmt die Tatsache, dass die gleiche Ungewissheit auch bei einer Mehrzahl unserer Journalisten besteht. Wir müssen uns klar darüber sein, dass von dieser Seite her die Integrationsbegriffe und -probleme bereits in die Diskussion geworfen wurden und dabei oft zu falschen Vorstellungen verleitet haben. Nach meiner Auffassung wäre es deshalb zu begrüessen, wenn namentlich die Parteien und Verbände in der kommenden

Zeit die Integrationsprobleme gründlich studieren und sich mit genügend Sachwissen und -kennern ausrüsten wollten, damit sie, wenn immer nötig, gegen unrichtige Schilderungen sofort einschreiten könnten.

Das Interesse des Schweizervolkes für aussenpolitische Belange ist nicht nur sehr gering, sondern, was gewichtiger wiegt, zum Teil auf falsche Annahmen abgestützt. Insbesondere herrscht eine verbreitete Auffassung, dass unserem Lande keine andere Möglichkeit mehr offen blieb, als den Gang nach Brüssel zu wagen. Es erscheint mir deshalb als ein Gebot der Stunde, dem Volk ein zutreffendes und klares Bewusstsein über unsere aussenpolitische Konzeption zu vermitteln. Insbesondere gilt es, zumindest im Kreise der aktiv Politisierenden, Einsicht darüber zu gewinnen, dass wir in unmittelbarer Zukunft zu grundsätzlichen Entscheiden berufen sein werden, zu denen wir eine eigene, sachlich fundierte Stellungnahme beziehen müssen.

Abschliessend möchte ich zum Problem über die Bedeutung und Einstellung des Fernsehens kurz bemerken, dass der für wirtschaftspolitische Fragen zuständige Mann ein erklärter Gegner des vom Bundesrat vertretenen Integrationskonzeptes ist und daraus auch nie ein Hehl gemacht hat.

Herr Nationalrat Weber:

Ich möchte mich nur zur Frage der Information äussern. In den 30-iger Jahren hatten wir im Gewerkschaftsbund eine Reihe von Volksabstimmungen vorzubereiten. Wir haben hierfür Referenten-Instruktoren herangezogen, die ihrerseits die Vertrauensleute für die Arbeit in den einzelnen Sektionen geschult haben. Wir haben damit ausgezeichnete Erfahrungen gemacht und ich halte ein entsprechendes Vorgehen in den Parteien für empfehlenswert. Dementsprechend wird auch die Verwaltung eine ausführlichere Dokumentation für die Instruktoren, und eine einfachere für die Vertrauensleute bereitzustellen haben. Diese Basisinformation über die Fragen, warum wir über-

haupt verhandeln wollen, welche Probleme sich für die Schweiz stellen und was bis jetzt geschehen ist, sollte möglichst rasch verfügbar sein. Die aktuelle Information wird nebenher gehen. Gegenüber der Verwendbarkeit der Massenmedien habe ich einige Bedenken. Besonders das Fernsehen ist darauf angewiesen, spektakuläre Sendungen bringen zu können. Das Radio ist noch eher in der Lage, in diesem Bereich Aufklärungsarbeit zu leisten. Ein gutes Beispiel hierfür war die Sendung am Sonntagabend vor dem 10. November. Kontradiktorische Veranstaltungen wirken in der ersten Phase nur verwirrend. Auf die Unterschiede im Vergleich zu den Integrationspolitiken Oesterreichs und Schwedens braucht nicht eingegangen zu werden. Schwierigkeiten sollten aufgezeigt werden, wobei aber politische Information zu vermeiden ist. Eine Differenzierung nach Bevölkerungsschichten sollte nicht vorgenommen werden. Die Idee eines Informationskomitees erscheint mir als empfehlenswert. Darin könnten die Spitzen von Parteien und Verbänden zusammengefasst werden, um Vorschläge und Erfahrungen auszutauschen.

Herr Nationalrat Hofer:

Das von den Herren Brugger und Jolles skizzierte Vorgehen in der Informationsfrage erachte ich grundsätzlich als richtig. Mit Recht kann gesagt werden, das Informationsproblem sei ebenso schwierig wie dasjenige der Verhandlungen selbst. Obschon wir hier nicht versammelt sind, um den psychopolitischen Zustand unseres Volkes zu beurteilen, dürften einige Gedanken dazu als angebracht erscheinen.

Die gegenwärtige psychopolitische Lage ist durch die folgenden Merkmale gekennzeichnet:

- Der Schweizerbürger zeigt selbst für die wichtigsten Fragen der Aussenhandelspolitik nur ein verhältnismässig geringes Interesse und verfügt auf diesem Gebiet bloss über bescheidene Kenntnisse.

- Dieser Zustand der Unkenntnis veranlasst grosse Teile unserer Bevölkerung, in der Integrationsfrage eine ablehnende Haltung einzunehmen.

Im Lichte dieser wenig ermutigenden Situation drängt sich ernsthaft die Frage auf, ob es überhaupt sinnvoll ist, das Verhandlungsergebnis Volk und Ständen zur Abstimmung vorlegen zu wollen oder ob unserem Lande nicht besser gedient wäre, wenn wir die Klippe des obligatorischen Referendums zu umsegeln suchten. Wie unpopulär diese Frage auch klingen mag - weshalb ich sie in diesem Kreise vorbringe und auf den geheimen Charakter des Protokolls vertraue - kommen wir nicht darum herum, uns mit ihr offen und realistisch auseinanderzusetzen. Eine kritische Würdigung der Urteilsfähigkeit unseres Volkes zeigt auf den ersten Blick die überaus vielfältigen Beeinflussungsmöglichkeiten. Denken wir bloss an die Ueberfremdungsinitiative zurück, bei der es einem einzigen Parlamentarier gelang, einen derartigen Widerhall im Volk zu gewinnen. Bevor wir die Frage des obligatorischen Referendums beantworten können, müssen wir unsere Aufklärungsbemühungen zunächst darauf konzentrieren, wie wir der Bevölkerung die Notwendigkeit eines Arrangement mit den EG klarmachen können. Darin liegt meiner Auffassung nach das vordringlichste Problem, wobei der von Herrn Bundesrat Brugger in einem andern Gremium herangezogene Vergleich mit dem bekannten Wort "wie sag ich's meinem Kinde" trotz der nachfolgenden Einwendungen den Kern der Sache getroffen hat.

Die Absage, die das Schweizer Fernsehen Herrn Bundesrat Celio im Verlaufe der letzten Abstimmungskampagne erteilt hat, hat auch mich empört. Ich teile hierin die Auffassung des Herrn Wahlen, wonach sich ein derartiger Vorfall nicht wiederholen darf. Dennoch möchte ich zu bedenken geben, dass der Bundesrat trotz verschiedener parlamentarischer Vorstösse es stets unterlassen hat, den Anspruch auf vermehrte Benutzung des Fernsehens zu erheben. In diesem Zusammenhang stellt sich die

folgende grundsätzliche Frage: Wie kann vermieden werden, dass Radio und Fernsehen einen Standpunkt einnehmen, der den Absichten der Regierung zuwiderläuft? Eine - wenn auch nur beschränkte - Lösung dieses Dilemmas kann in der Form von kontradiktorischen Gesprächen gefunden werden. Diese sind wie kein anderes Mittel geeignet, das Interesse des Volkes zu wecken. Bei komplizierten Materien kommt jedoch nicht selten vor, dass derartige Aussprachen auf die Zuschauer und -hörer eher verwirrend als klärend wirken. Trotz all dieser Schwierigkeiten auf dem Informationssektor besteht indessen kein Grund zur Resignation. Im Gegenteil, die in Brüssel abgegebene Erklärung hat sowohl gegenüber der Gemeinschaft wie auch in unserer Bevölkerung eine gute Ausgangslage geschaffen, auf der wir nun das weitere Vorgehen an der Innen- und Aussenfront aufbauen können.

Abschliessend möchte ich noch auf folgenden Punkt hinweisen: Die Schweiz muss sich nicht nur vor einer minimalen, sondern im genau gleichen Ausmass auch vor einer maximalen Lösung hüten. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Ausführungen des Herrn Generaldirektor Dr. Helmut Sigrist, der anlässlich eines deutsch-schweizerischen Treffens in Stuttgart als Vertreter der EG die These aufgestellt hat, für die Schweiz komme letztlich nur ein Vollbeitritt in Frage. Diese Auffassung steht in einem klaren Widerspruch zur offiziellen Stellungnahme des Ministerrates. Derartige Äusserungen, die von der Presse kritiklos übernommen werden, sind besonders gefährlich, im Schweizervolk beträchtliche Verwirrung zu schaffen, weshalb man ihnen von zuständiger Stelle unverzüglich entgegentreten sollte.

Herr Oberstkorpskdt Uhlmann:

Der Standpunkt, den der Bundesrat mit der Eröffnungserklärung eingenommen hat, erscheint mir als überzeugend. Ich möchte mich dazu jedoch nicht weiter äussern, sondern sogleich zum Problem der Information übergehen. Die Ignoranz der Öffentlichkeit ist tatsächlich erschütternd, nicht nur in der Aussen-

wirtschaftspolitik, wie neuestens die Diskussion um die Bundesfinanzreform gezeigt hat. Wie Herr Dürrenmatt habe ich gewisse Bedenken gegen den Vorschlag von Herrn Bretscher, in der ersten Phase Zurückhaltung zu üben. Sehr rasch werden Emotionen eine Rolle spielen, und wir dürfen den Gegnern nicht das Feld einfach überlassen. Die Basisinformation wird keinen falschen Alarm auslösen. Wir müssen uns auch Rechenschaft geben, dass die Ausbildung von genügend Referenten Zeit braucht. Radio und Fernsehen sind, bei allen Schwierigkeiten, die sie bieten, einzubeziehen. Auch kontradiktorische Veranstaltungen sind nicht unbedingt auszuschliessen. Auch wenn ihr informativer Gewinn gering sein mag, so haben sie doch den Vorteil, dass sie vermehrt Interessenzu wecken vermögen. Zu aktivieren ist auch die mittlere und kleinere Presse, bei der noch sehr wenig Verständnis für diese Probleme vorhanden ist. Ich glaube nicht, dass durch eine frühzeitige Information das Publikum ermüdet wird, denn in den späteren Phasen werden die Probleme detaillierter zur Sprache kommen und dadurch erneut Beachtung finden können. Die Regierung und Verwaltung müssen sich in der Aufklärungsarbeit engagieren. Man wird dafür in der Öffentlichkeit sicher Verständnis haben.

M. Pierre Freymond:

Nous sommes ici pour envisager comment aider au mieux nos négociateurs, c'est-à-dire leur laisser le maximum de liberté de manoeuvre.

Il n'y a pas de grande négociation sans crise.

Pour l'instant, le danger qui me paraît nous menacer, après notre déclaration du 10 novembre, est celui qui consiste à tomber dans l'euphorie. La presse s'est fait l'écho de l'accueil favorable qu'elle a reçu à Bruxelles; tout le monde a pu lire que notre déclaration était la meilleure des trois pays neutres; dans les propos de M. Deniau on n'a retenu que ce qui nous paraissait agréable à entendre. Mais cette euphorie

pourrait avoir des conséquences graves: à la première crise que connaîtront nos négociations, notre opinion pourrait éprouver un choc, une désillusion à laquelle elle n'est pas préparée. Il est donc urgent de l'instruire de la difficulté des problèmes à résoudre, pour lui éviter une telle réaction qui serait propre à compromettre le cours de la négociation.

Un mot au sujet de la télévision: Les Commissions parlementaires se sont réunies après l'affaire des détournements d'avions. La Commission du Conseil national a été unanime à constater que les relations entre le Conseil fédéral et les organes de la télévision n'étaient de loin pas ce qu'elles devraient être. Il est urgent que le Conseil fédéral et les responsables de la télévision se rencontrent et s'entendent de manière que le Conseil fédéral obtienne, au moins, l'égalité de traitement avec les autres usagers de ce moyen d'information. Il s'agira également pour le Conseil fédéral de préparer soigneusement les émissions auxquelles il prendra part, de façon à éviter d'être le jouet de la frivolité de certains mandarins.

Pour en revenir à notre négociation avec Bruxelles, il est possible qu'elle se noue rapidement; mais si l'on retient cette hypothèse, il ne faut pas oublier que nos pourparlers se dérouleront dans un contexte très fluide, très mouvant; car bien des développements nouveaux ont eu lieu, sur la scène internationale, depuis notre dernière séance. Il s'agit de les observer avec la plus grande attention: je pense, par exemple, à l'ouverture politique de la RFA à l'Est, qui aboutit plus rapidement qu'on ne l'imaginait, et à la réaction négative, extrêmement intéressante, de Tito à son égard. Tout cela place notre négociation avec le Marché Commun dans une lumière changeante.

Si nous voulons que nos négociateurs jouissent de la plus grande liberté de mouvement possible, l'information ne doit, bien sûr, pas viser à imposer aux esprits tel ou tel type de solution, mais rester au contraire flexible. Elle doit avant

tout, dans une première phase, porter sur les faits. La lecture de la presse nous démontre en effet que, souvent, les chroniqueurs ne maîtrisent pas les notions élémentaires dont la connaissance se révèle cependant indispensable pour juger équitablement de la politique d'intégration. L'information sur les faits de base est une entreprise d'éducation pour laquelle je trouve qu'il ne faudrait pas craindre de se servir du corps enseignant. Que les spécialistes de l'éducation se mettent au travail pour diffuser cette information factuelle, eux qui connaissent les secrets de la bonne vulgarisation!

C'est de cette façon que la liberté de manoeuvre de nos négociateurs sera le mieux préservée et que sera en même temps assurée une information objective du public.

M. Reverdin:

Avant d'en venir au problème de l'information, deux mots de la déclaration du 10 novembre: j'ai remarqué, et apprécié, le fait qu'elle a été formulée tant en fonction du front extérieur comme du front intérieur: j'en félicite ses auteurs. Notre déclaration ne donne ainsi pas prématurément prise à des entreprises de sabotage du type initiative Schwarzenbach.

A propos de l'information, on adit "nicht zu früh"; je crains qu'il n'y ait là excès de prudence. Voici, à titre d'exemple, ce que j'ai vécu, et que je vous livre à titre d'anecdote: lorsqu'il a été question d'installer à Genève un grand laboratoire pour l'étude de la structure de la matière, j'avais la responsabilité du Journal de Genève et j'ai publié, pour préparer l'opinion à cette décision, le plus d'informations possible. Lorsque l'affaire est arrivée à son terme, un membre du Conseil d'administration du Journal, ancien rédacteur, membre du CICR, a éclaté, disant qu'on avait agi dans l'ombre! J'ai pu alors lui produire plus de 40 coupures de son propre journal, lui prouvant le contraire; il a été confondu, ce qui

a eu pour conséquence qu'il s'est définitivement brouillé avec moi. Tout cela pour montrer qu'on court toujours le risque d'être accusé de n'avoir pas suffisamment informé, et qu'en conséquence mieux vaut prévenir le reproche en informant le plus tôt possible. Il est donc important dans le cas des pourparlers de Bruxelles d'informer au jour le jour, sans gêner bien sûr la négociation et de se mettre ainsi à l'abri de tout reproche, même si cette information ne porte pas toujours des fruits immédiats. Sans doute, j'entends par là une information qui ne soit pas une propagande pour ou contre ceci ou cela: sur ce plan, c'est l'évidence, on doit se garder de s'engager prématurément.

Il faut que les responsables de l'information prennent contact avec les groupements politiques et les associations professionnelles pour les tenir régulièrement informés; il arrive en effet fréquemment qu'ils ne le soient pas, ce dont ils ne s'accommodent que trop bien; dès qu'ils le sont certaines manoeuvres deviennent pour eux moins faciles!

Le cas de la récente réunion de l'Europa-Union à Berne et de la visite de M. Dahrendorf illustre ce qui se passe lorsqu'on laisse aller les choses: sa visite et ses propos ont eu dans la presse un écho considérable, et tout à fait disproportionné; pourquoi? parce que l'Europa-Union avait pris d'étroits contacts avec l'Agence Télégraphique Suisse et lui avait fourni textes et communiqués. Qu'une association privée soit ainsi à même de grossir l'événement sans que les autorités n'y puissent rien doit servir de leçon: il ne faut jamais perdre l'initiative en matière d'information. Il n'est, en effet, pas toujours facile de remonter la pente: si donc on veut garder les choses en main, on ne devrait pas trop tarder à diffuser une information plus large sur l'Europe en général et sur la Suisse face à elle, avec des chiffres, des statistiques, des faits avérés, bref, ensemble de données de base (et non de simple actualité). On devrait en même temps organiser

- 24 -

de bons contacts avec ceux qui occupent des positions-clés dans la presse, à la télévision et à la radio: ce sont souvent quelques personnes qui donnent le ton, les autres journalistes ne faisant que les citer ou s'inspirer de ce qu'ils ont écrit (rares sont ceux qui remontent aux sources); par ce contact avec les "officines" où se distillent les "pepsines" destinées à servir ensuite de matière première à la presse, on gardera le contrôle nécessaire sur l'essentiel de l'information.

Un mot au sujet de la télévision: le fait que M. Bernard Béguin vient de quitter le Journal de Genève pour prendre la tête de l'organisation des programmes parlés à la télévision romande pourrait être mis à profit: Il y a là une chance unique de mettre fin à la mainmise de quelques jeunes excités sur un moyen d'information extrêmement puissant.

On a parlé d'un manuel (Fibel): je pense que ça peut être utile; mais attention: que l'exemple du petit livre rouge sur la défense nationale serve de leçon. L'opinion publique est méfiante à l'égard des publications gouvernementales et la tentation est grande pour leurs auteurs de dépasser les simples faits; si manuel il y a, ce manuel doit rester objectif et ne pas chercher à influencer la pensée des gens. Il serait prudent de le soumettre, avant sa publication, à un grand nombre de personnes de bon conseil.

Herr Ständerat Hürlimann:

Vorerst möchte ich dem Vorsitzenden für seine freundlichen Begrüßungsworte bestens danken. Das Informationsproblem ist mir aus meiner Tätigkeit in der Aussenwirtschaftskommission des Ständerates wohlbekannt.

Gleich zu Beginn möchte ich zu dem von Herrn Weitnauer geschilderten Bild der Interessenlosigkeit ein Gegenbeispiel erwähnen. Wie Sie wissen, stehen wir unmittelbar vor dem Abschluss des Wahlkampfes um die Ständeratsmandate. Im Verlaufe dieser

Kampagne habe ich sämtliche Gemeinden meines Kantons (Zug) besucht, wobei es keine einzige Versammlung gab, in der die Integrationsprobleme nicht in der einen oder andern Form zur Sprache gekommen wären. Insbesondere die jungen Leute und die Bauern - die letztgenannten sind durch ihre landwirtschaftliche Presse stärker sensibilisiert als andere - zeigten ein brennendes Interesse für diese Belange. Daraus muss geschlossen werden, dass in beträchtlichen Teilen unserer Bevölkerung bereits zum jetzigen Zeitpunkt ein echtes Bedürfnis auf Vermittlung einer abgerundeten Basisinformation besteht.

Ich begrüsse die Idee einer Fibel. Meiner Auffassung nach sollte diese aber nicht bloss auf die Erklärung von Grundbegriffen beschränkt bleiben, sondern darüber hinaus eine gewisse Substanz und Wertung enthalten. Eine derartige Fibel sollte für folgende Verwendungszwecke ausgestaltet sein:

1. Vademecum für die Kader von Parteien, Verbänden und ähnlichen Organisationen, damit in Zukunft bei der Behandlung der Integrationsprobleme von allen Seiten her eine einheitliche, sachlich fundierte Sprache gesprochen wird.
2. Abgabe an die kantonalen Lehrstellen zur Verteilung an die Jugend.

Da in den bevorstehenden Nationalratswahlen die Integrationsvorgänge bestimmt einen Kernpunkt der Auseinandersetzungen bilden werden, sollte die Fibel möglichst bald, spätestens aber im Sommer 1971 erscheinen können.

Herr Nationalrat Broger:

Die vorgeschlagene Aufteilung der Information in verschiedene Phasen ist begründet und so einleuchtend, dass sie fast als ver-
dächtig erscheint. Die erste Phase bietet keine besonderen Probleme. Der Neutralität wird darin eine ausserordentliche Bedeutung zukommen. Nach meinen Erfahrungen ist das Interesse für die Integrationsfragen im Volk vorhanden. Im staatsbürgerli-

chen Unterricht ist die Schärfung des kritischen Vermögens wesentlich. Hier liegt vieles im Argen. Man spricht oft vom Zeitalter der Mündigkeit, dabei hat es kaum eine Epoche gegeben, in der der Mensch so unmündig war wie heute. Das Bewusstsein ist begrenzt, so dass fast nur noch Sensationen Zugang haben. Offizielle Äusserungen finden daher nur in Ausnahmefällen ein Echo.

Der Beginn der zweiten Phase liegt nicht in der Hand der Behörden, sondern er kann jederzeit provoziert werden. Je nach der Art der Informationen werden diese unausweichlich Meinungskämpfe auslösen. Ein Gentlemen's agreement ist in Anbetracht der Meinungsäusserungsfreiheit nicht denkbar.

Dazu kommt eine politische Komponente: Die unheimliche Polarisierung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich auch in der Schweiz auswirken. Durch die Ostpolitik der Bundesrepublik gerät das Gleichgewicht in Europa, wie es bis jetzt bestanden hatte, in Gefahr. Die politische Seite der Europäischen Gemeinschaften wird deshalb in der schweizerischen Diskussion nicht auszuschalten sein. Seit dem Frühjahr 1971 ist auch die Aussenpolitik in die Demokratie eingezogen. Das diskontinuierliche und emotionelle Denken der Massen wirkt sich deshalb auch in ihrem Bereich aus. Kein Gebiet der Staatstätigkeit ist aber in so grossem Masse auf Geheimhaltung angewiesen, wie die Aussenpolitik.

Die Rolle der Massenmedien in der politischen Information wäre eine besondere Sitzung unserer Gruppe wert. Die Ausgestaltung der Kommunikationsverfassung ist ebenso wichtig wie diejenige der Wirtschaftsverfassung. Auch wenn die Massenmedien weniger berechenbar sind, so kommen wir doch nicht darum herum, auch ihren Einfluss in Rechnung zu stellen. Eine Basisinformation ist sicher zweckmässig und notwendig. Wir müssen uns aber klar sein, dass die erwähnte Bewusstseinsenge ihr gewisse Grenzen setzt.

Der Vorsitzende:

Bevor wir unsere Beratung wieder aufnehmen, möchte ich Ihnen als nächstes Sitzungsdatum den 20. März 1971 vorschlagen. Diese Zusammenkunft soll dem Thema "Perspektiven der europäischen Friedensordnung" gewidmet sein. Herr Prof. Hofer hat sich bereit erklärt, das einleitende Referat zu übernehmen; die Herren Prof. Bindschedler und Minister Natural sind besonders qualifiziert und werden sich entsprechend vorbereiten, um zu gegebener Zeit in die Diskussion einzugreifen.

Als nächstes Datum zur Behandlung der Integrationsfragen würde ich den 26. Juni 1971 in Aussicht nehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten wir unsere Kenntnisse über den Verlauf der Englandverhandlungen wie auch über den Stand unserer eigenen Gespräche um ein bedeutendes Stück weitergebracht haben.

Die Ausführungen des Vormittags möchte ich wie folgt zusammenfassen:

- Es besteht Einigkeit darüber, dass die in Brüssel abgegebene Erklärung die Akzente richtig gesetzt und, soweit dies beurteilt werden kann, eine gute Aufnahme gefunden hat. Die schweizerische Erklärung scheint für die bevorstehenden Gespräche mit der Gemeinschaft eine günstige Ausgangslage geschaffen zu haben.
- In den vergangenen Jahren haben sich im politischen Denken Europas tiefgreifende Wandlungen vollzogen, die die Gestaltung der Zukunft in einem neuen Lichte erscheinen lassen. Diesen Veränderungen ist bei der Formulierung unserer Integrationspolitik die nötige Beachtung zu schenken.
- Die zutreffende Feststellung, wonach die Aussenpolitik heutzutage demokratisiert ist, zwingt uns - wenn wir nicht schon selbst dazu willens wären - zu einer weit- und tiefgehenden Information der Bevölkerung. Obgleich wir kaum damit rechnen können, bei allen Leuten ein lückenloses Verständnis für die wichtigsten Begriffe und Vorgänge heranzubilden, geht es zur

Hauptsache darum, zwischen Volk und Regierung ein Vertrauensverhältnis zu schaffen. Aus diesem Grunde muss die Information stets objektiv bleiben; ihr Ziel ist erreicht, wenn es gelingt, die öffentliche Meinung zu formen, ohne sie auf eine bestimmte Linie festlegen zu wollen.

- Dem Gedanken einer "Integrationsfibel" ist zugestimmt worden. Bei der Redaktion wären die spezifischen schweizerischen Gegebenheiten zu berücksichtigen, damit die Integrationsprobleme nicht in einem luftleeren Raum präsentiert werden.
- Zur Frage des Timing ist die Auffassung vorherrschend, möglichst frühzeitig mit einer tatbeständlichen Aufklärung zu beginnen. An dieser Stelle muss indessen klar festgehalten werden, dass die Behörden schon immer und ohne Rückhalt orientiert haben. Die Hauptschwierigkeit besteht folglich darin, in der Bevölkerung das Interesse für die Integrationsvorgänge zu wecken. Konzentrierte Informationsbemühungen sind bereits jetzt für die Zeit nach Abschluss der Erkundungsgespräche vorzusehen. Nach dieser Zwischenphase wird die gegenwärtig noch nicht näher überblickbare Verhandlungsphase beginnen, wobei sich das Problem stellen wird, trotz umfassender Aufklärung das Verhandlungsgeheimnis nicht zu durchbrechen.

M. Landgraf:

On a dit, ici, beaucoup de mal de ma profession: je n'en suis pas choqué, c'est là le sort des journalistes.

Certaines critiques étaient d'ailleurs justes: la presse est pauvre en vraies connaissances, son action est discontinue, elle recherche trop souvent la sensation (à preuve la peine que j'ai eue, il y a 10 jours, à expliquer à ma rédaction qu'en dépit de la mort du Général de Gaulle la déclaration du 10 novembre du Conseiller fédéral Brugger devait paraître en première page !). Mais la critique s'arrête là.

Je dois dire, pour ma part, qu'on ne fait pas toujours tout, du côté des autorités, pour informer. J'ai par exemple eu de la peine à obtenir le texte de la déclaration du 10 novembre: lorsque je l'ai demandé, on m'a posé la question de savoir ce que je voulais en faire !

En outre, j'aimerais bien qu'on me dise de quelle Europe il faut parler dans la presse? On a débattu, du temps du Général de Gaulle, de l'"Europe des Patries", opposée à l'"Europe supranationale". Il s'agissait là d'un débat de portée générale, susceptible d'intéresser l'opinion; mais faut-il vraiment, aujourd'hui, parler de l'"Europe des épiciers"? Il me paraît vraiment difficile de tenir l'opinion publique en haleine avec les marchandages qui ont lieu à Bruxelles sur le prix du beurre.

Et puis, face à un Gouvernement qui laisse tout "ouvert" pour des raisons (fort compréhensibles) de tactique, qu'expliquer à une opinion qui demande à comprendre notre position? Voilà sur le plan des idées.

Quant aux moyens, un petit livre sur l'intégration, c'est très bien; mais je crains que pour rester objectif il garde un caractère purement économique et technique. D'autre part, il ne me semble pas satisfaisant que les autorités établissent le contact avec quelques "ténors" seulement de notre presse, comme le suggère M. Reverdin: les jeunes journalistes ne sont pas nécessairement prêts à les suivre; ils sont souvent contestataires et livresques, faute d'expérience; ces jeunes journalistes, il faut les gagner, leur parler, s'occuper d'eux, et non pas leur donner l'impression que les autorités n'ont d'intérêt que pour les "personnalités" de la presse.

Herr Prof. Lüthi:

Ich möchte mich auf eine Anregung beschränken. Im Laufe der heutigen Diskussion bin ich gegenüber dem Gedanken einer "Integrationsfibel" misstrauisch geworden. Ein alphabetisches Verzeichnis

der Integrations-Terminologie würde zur Hauptsache ein Verzeichnis der vielsprachigen Abkürzungen - AELE-EFTA, CEE-EWG, GATT usw. - und einiger technischer Termini; das ist unvermeidlicherweise langweilig, lädt zur Lektüre nicht ein, und der Unkundige weiss dann doch nicht, unter welchem Stichwort er sich über eine Frage informieren soll. Ueberdies sind solche Breviere von verschiedenen europäischen Institutionen und Organisationen seit Jahren massenhaft und gratis an alle interessierten Kreise (auch z.B. Lehrer aller Stufen) versandt worden. Ein Schlagwortregister mit Definitionen am Ende einer zusammenhängenden Darstellung des Integrationsproblems hat Aussicht, benützt zu werden, nicht aber eine Nomenklatur allein. Und was die Begriffe betrifft, die eigentlich Verhandlungsgegenstand sein werden oder doch eine entscheidende und verwirrende Rolle in der öffentlichen Diskussion spielen könnten, so ist gerade für sie die Definition umstritten, hat sich im Laufe der Jahre mehrfach geändert und kann gar nicht ein für allemal verbindlich festgelegt werden; eine katechismusähnliche Fibel kann hier sogar verhängnisvoll werden. So ist z.B. die jetzige EWG-Auffassung des Assoziationskonzepts keineswegs mehr die des Römer Vertrags und der Assoziationsgesuche von 1961-1962, und sie kann sich wieder wandeln; auch die Beurteilung des Konzepts einer grossen Freihandelszone wird vielleicht nicht immer so dogmatisch ablehnend bleiben, wie sie es in Brüssel jetzt ist. Alle diese Begriffe lassen sich nur in der historischen Entwicklung des Integrationsproblems verständlich machen. Der wertvollste Beitrag zur Information der Oeffentlichkeit und zunächst der Informationsträger selbst - einschliesslich Lehrer, Redakteure und Journalisten - wäre nach meiner Auffassung eine zusammenhängende, klare und auch kritische Darstellung der schweizerischen EWG-, EFTA- und GATT-Politik seit 1957-1958, die der Oeffentlichkeit wenig vertraut und sogar den Interessierten kaum mehr ganz gegenwärtig ist, wobei auch unsere Beziehungen zur EWG in den Gesamtzusammenhang der schweizerischen Aussenhandels- und sogar Aussenpolitik

gerückt werden müssten. Damit würde zugleich der verbreitete Irrtum korrigiert, dass die Schweiz seit 12 Jahren untätig im Wartezimmer der EWG sitze. Eine solche Darstellung könnte und sollte wohl nicht in Form einer amtlichen Publikation - eines "Farbbuchs" - erfolgen, schon um die Verhandlungspositionen nicht zu präjudizieren und auch, um nicht den Eindruck einer Selbstrechtfertigung zu erwecken; ich könnte mir vorstellen, dass sie am besten unter der Verantwortung eines wissenschaftlichen Instituts, etwa des Genfer Instituts de Hautes Etudes Internationales und/oder der St. Galler Hochschule publiziert werden könnte, doch in einer Form, die eine sehr weite Verbreitung und den Gebrauch durch "Laien" erlauben würde.

Herr Botschafter Troendle:

Die Bemerkungen und Fragen, die ich heute vorbringen wollte, sind im wesentlichen bereits besprochen worden. Ich kann mich deshalb auf die Nennung eines mir noch wichtig scheinenden Punktes beschränken. Bereits heute besteht in der öffentlichen Meinung - namentlich der deutschsprachigen Schweiz - eine gewisse Trennung zwischen Mitbürgern, die die Treue zu den überkommenen Grundsätzen unserer bundesstaatlichen Ordnung in den Vordergrund stellen und solche, die sich durch die Erfolge der EWG auf dem Gebiete der zwischenstaatlichen Beziehungen haben beeindruckt lassen. Zweifellos werden wir uns im Verlaufe der bevorstehenden Gespräche und Verhandlungen vermehrt mit dieser Spannung auseinandersetzen müssen. Dabei gilt es zu beachten, dass zum Teil bei unserer Bevölkerung die Motive für eine EWG-ablehnende Haltung in den einseitigen Presseberichten zu finden sind, die mit Vorliebe von den Misserfolgen, nicht aber von den Fortschritten der Gemeinschaft gesprochen haben. Eine Korrektur dieser Praxis drängt sich auf, damit die Öffentlichkeit ein objektiveres und zutreffenderes Bild über die Vorgänge in Brüssel gewinnen könnte. Bestimmt würde sich dadurch ein Stimmungswechsel zugunsten der Gemeinschaft bewirken lassen.

M. Professeur Freymond:

Je n'ai pas demandé à prendre la parole. Vous m'y poussez. J'ai posé la question de savoir qui sera responsable de l'information; vous m'avez répondu. Pour moi il est capital que le gouvernement parle d'une seule voix, et que des voix parallèles ne viennent pas ajouter à la confusion dans les milieux de la presse et de la télévision. A moins d'une discipline absolument stricte sur ce point, le gouvernement sera bientôt sur la défensive, comme c'est trop souvent le sort des exécutifs.

Autre remarque: je partage l'avis de M. Pierre Freymond sur le rôle joué par la télévision: elle dispose d'une puissance excessive. Dès lors, comment contrebalancer ce "4^e pouvoir"? On n'y est pas parvenu jusqu'ici. Je vous sou mets la réflexion suivante: ne pourrait-on pas imaginer une "séparation des pouvoirs" à l'intérieur de ce 4^e pouvoir? celui qui écrit dans la presse ne devant pas en même temps parler à la télévision, et vice-versa; sinon, on aura des "maffias" de gens qui ne se critiqueront jamais et se partageront en toute tranquillité l'ensemble des moyens d'information.

Sur le fond maintenant, la déclaration du 10 novembre est excellente, étroite, souple, ferme et claire. Mais, d'une manière générale, je ne peux m'empêcher de ressentir une inquiétude profonde quant à l'avenir de notre société politique: nous avons toujours été surpris par les événements, et les désarroi s qui s'en sont suivis ont contribué à une confusion générale dans laquelle les critiques irresponsables et les formules pseudo-révolutionnaires se sont donné libre cours. Ce qui manque, c'est la prévision: on confond les échelles, on confond constamment le court et le long termes (par exemple, on a parlé d'un exode des cerveaux vers les Etats-Unis comme d'un phénomène de longue durée; ce n'est vrai qu'à court terme seulement mais, faute de l'avoir vu, on a construit toute une politique sur cette observation fausse).

C'est notre rôle, à nous ici, de réfléchir à la longue durée et de placer notre négociation avec le Marché Commun dans une perspective historique, c'est-à-dire dans le cadre de la politique extérieure menée pendant des siècles par la Confédération. Notre politique étrangère ne se ramène en effet pas aux quelques questions que l'on agite actuellement: entrée ou non de la Suisse à l'ONU, aide aux pays en développement et intégration européenne. Notre politique extérieure, comme l'a fort bien dit l'Ambassadeur Ruegger, c'est celle de la neutralité permanente menée à travers les siècles pour maintenir l'équilibre intérieur. C'est encore valable aujourd'hui et si l'on néglige cet aspect affectif de la neutralité, si capital, on risque de compromettre le résultat d'une négociation qui aurait pourtant réussi, techniquement parlant.

Si cette négociation semble s'engager favorablement, mon impression est néanmoins que le climat général est fondamentalement incertain et que les risques d'accidents sont plus grands qu'on ne le pense. Il faut travailler l'opinion, oui, mais dans ses structures profondes.

Herr Botschafter Jolles:

Herr Botschafter Ruegger hat die wichtige Frage gestellt, ob für das Kernproblem des Mitspracherechtes eine gemeinsame Arbeitsgruppe in Brüssel eingesetzt werde. Auch nach unserer Auffassung ist dies das schwierigste und wichtigste Problem der Gespräche und Verhandlungen. Einerseits haben die EG erklärt, dass für sie die Autonomie der Beschlussfassung eine unabdingbare Bedingung sei. Andererseits haben wir dem entgegengehalten, dass eine Satellisierung für uns nicht annehmbar sei. Wir werden deshalb auch in dieser Frage nach neuartigen Zwischenlösungen suchen müssen. Ein volles Mitspracherecht wird für uns nicht erreichbar sein, denn wie Herr Deniau sagte, hat die anzustrebende Vereinbarung in einem Gleichgewicht zu stehen. Wenn wir die Mitgliedschaft ablehnen, können wir auch

keine volle Mitsprache beanspruchen. Das Problem ist politisch so geladen, dass wir nicht bereits am Anfang eine Arbeitsgruppe einzusetzen beabsichtigen. Wir werden es aber stets vor Augen halten und versuchen, auf der Ebene der Delegationschefs eine Formel zu finden, die den Ausgleich zu gewährleisten vermag.

Wir müssen uns klar sein und ich möchte dies besonders unterstreichen, dass noch alles durchaus offen ist und dass wir noch keine Ahnung haben, wie weit unsere Konzeption durchsetzbar sein wird. Herr Sigrist hat sich mit der von Herrn Nationalrat Hofer erwähnten Äusserung keineswegs in Widerspruch zur Kommission gesetzt, weil die Kommission selbst zu dem Problem der Beziehungen zu den Neutralen noch nicht Stellung genommen hat. Ein Kommissionsmitglied hat an der ersten Begegnung beispielsweise die persönliche Auffassung vertreten, dass nur der Beitritt oder ein blosser Handelsvertrag möglich sei. Wegen dieser Ungewissheit sind auch der Information Schranken gesetzt. Insbesondere kann die Phase der Meinungsbildung erst einsetzen, wenn ersichtlich ist, ob und in welchem Ausmass die gegenwärtige Konzeption des Bundesrates sich als realisierbar erweist. Andernfalls würde die Gefahr bestehen, dass jede als Ergebnis der Erkundungsgespräche vorzunehmende Aenderung von der Oeffentlichkeit als Niederlage empfunden würde. Die historische Darstellung, die Herr Prof. Lüthi angeregt hat, beabsichtigen wir in Form einer Antwort auf die Motion Furgler herauszugeben.

Herr Bundesrat Brugger:

Vorab möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen für die überaus interessante und tiefgründige Diskussion, die ich heute in Ihrem Kreise verfolgen durfte. Sie alle kennen die Last und Fülle der alltäglichen Geschäfte, die einem kaum mehr genügend Zeit zur ruhigen Ueberlegung und philosophischen Durchdringung der grundsätzlichen Fragen übriglassen. Es ist mir ferner ein

Bedürfnis, die Gelegenheit zu benutzen, um meinen engsten Mitarbeitern für ihren unermüdlichen Einsatz bestens zu danken. Die Schweiz kann sich glücklich schätzen, ihre Geschicke in den bevorstehenden Verhandlungen in den Händen dieser einzigartig qualifizierten Männer zu wissen.

Die Aufteilung des Informationsprozesses in drei verschiedene Phasen (Erkundungs-, Zwischen-, Verhandlungsphase) scheint mir zweckmässig und den Bedürfnissen von Volk und Verhandlungsdelegation zu entsprechen. Ferner halte ich es für richtig, im jetzigen Zeitpunkt das Schwergewicht auf eine kontinuierliche Basisinformation zu legen; eine verfrühte Festlegung der öffentlichen Meinung auf irgendeine Modellösung könnte unsere Flexibilität beschränken und zu falschen Erwartungen Anlass geben.

Bei der Konzeption unserer Informationspolitik müssen wir daran denken, dass namentlich vom Ausland her - wo gewisse Kreise die Schweiz um ihre aussenwirtschaftliche Dynamik stark beneiden - einige Querschüsse zu erwarten sind. Die Aufklärung unserer Bevölkerung darf nicht auf die Herausgabe eines Wörterbuches beschränkt bleiben. Viel wichtiger wird es sein, dem Mann auf der Strasse vermehrt die Erfolge der Gemeinschaft vor Augen zu führen, damit auch er die Notwendigkeit der Gespräche mit Brüssel einsieht und sich dementsprechend für deren Ausgang interessiert.

Zum mehrmals erwähnten Fernseh-Vorfall möchte ich bemerken, dass er ein neues Ueberdenken der Beziehungen zwischen der Regierung und den Verantwortlichen dieses Unternehmens ausgelöst hat. Soll der Bundesrat nicht nur als Verwaltungs-, sondern als Führungsorgan tätig sein, so kann er diese Funktion nur ausüben, wenn er sich der dazu benötigten Führungsinstrumente auch bedienen kann. Dabei dürfte ausser Zweifel stehen, dass in der heutigen Zeit der pluralistischen Gesellschaft das Fernsehen zum wichtigsten Element in der Meinungsbildung aufgestiegen ist. Doch hat mich im Zusammenhang mit der Bundesfinanzvorlage nicht nur dieser besondere

Vorfall, sondern ganz allgemein der Ausgang der Abstimmung tief besorgt und zum Nachdenken gezwungen, ob unser Volk überhaupt reif genug ist, um sich mit den komplizierten Fragen und tiefgreifenden Folgen einer Integration auseinanderzusetzen. In dieser Richtung haben wir noch einen weiten Weg vor uns, und ich möchte Sie hier bitten, uns in diesen Bemühungen zu unterstützen, da ein Alleingang der Regierung und Verwaltung uns unmöglich zum gewünschten Ziel einer allgemein verbreiteten Einsicht und Reife zur Bewältigung dieser Fragen führen kann.

Der Vorsitzende schliesst die Sitzung um 15.15 Uhr mit dem Dank an die Teilnehmer für ihre Beiträge zur Diskussion.

Beilage zum Protokoll der Sitzung vom 21. November 1970 der
"Arbeitsgruppe Historische Standortsbestimmung"
Schriftlicher Diskussionsbeitrag von
Herrn a.Nationalrat W. Bretscher

Ich möchte drei Bemerkungen allgemeiner Natur vorausschicken:

1. Meine Erfahrung als Publizist und Politiker, die ich auch als Präsident der vor einigen Jahren gegründeten Schweizerischen Gesellschaft bestätigt gefunden habe, geht dahin, dass es ausserordentlich schwer, ja fast unmöglich ist, das Interesse breiter Volkskreise auch an wichtigen und aktuellen aussenpolitischen Fragen zu wecken, wenn nicht politische Entscheidungen, bei denen der Souverän das letzte Wort hat, in nächster Zukunft bevorstehen. Auch gute und informative Parlamentsdebatten über solche Fragen finden in einem sich über einen längern Zeitraum erstreckenden Vorstadium eine geringe Resonanz.
2. Eine lebendige, unter Umständen sogar leidenschaftliche Anteilnahme der Bürger an solchen Fragen macht sich erst geltend, wenn es dem "Ja" oder "Nein" über eine konkrete Vorlage zu einem bereits feststehenden oder annäherungsweise vorauszusehenden Termin entgegenggeht. Gewisse Kampagnen über eidgenössische "Schicksalsfragen" (Beispiel: Beitritt zum Völkerbund) können früher anlaufen als andere, bei denen die grundsätzliche Fragestellung nicht so klar erkennbar ist. Sehr rasch findet dann aber in der Kampagne über eine umstrittene Vorlage auch eine Emotionalisierung des Klimas statt, die eine sachliche Aufklärung über ihren Gehalt und ihre Tragweite erschwert und bei beiden "Parteien" dem Hang zur Vergrößerung und Dramatisierung der Dinge Vorschub leistet.
3. Die eidgenössischen Volksabstimmungen der letzten Jahre haben - mit einer Ausnahme: Schwarzenbach-Initiative - gezeigt, dass auch bei wichtigen Vorlagen die Interesselosigkeit eines grossen Teils der Bürgerschaft nicht zu überwinden ist, wie die Zahlen der Stimm-

beteiligung belegen. Selbst in jenen Kreisen, von denen man ein besonders ausgeprägtes staatsbürgerliches Interesse und ein ihrem Bildungsstand entsprechendes Verständnis für die Abstimmungsvorlagen erwarten dürfte, tritt manchmal ein erschreckender Mangel an sachlicher Kenntnis zutage, die Grundlage ihres Urteils sein müsste. Ich habe während der Kampagne für und gegen die Bundesfinanzvorlage festgestellt, dass sonst vielseitig, auch politisch und musisch interessierte Intellektuelle (zum Beispiel Aerzte) mit dem doch immerhin aus früheren Diskussionen über die Bundesfinanzpolitik bekannten Begriff der "kalten Progression" nichts anzufangen wussten und nicht erfasst hatten, dass es bei der zum Entscheid stehenden Vorlage unter anderm um die Beseitigung dieser "kalten Progression" gehe. Zum Teil mag in diesem Falle die eher zu spät begonnene und zu lau betriebene Aufklärungskampagne der Befürworter der Vorlage die Ignoranz eines grossen Teils der Bürgerschaft erklären. Ich habe indessen den Eindruck, dass in unserer hektischen Zeit vielen Bürgern die Zeit, die Ruhe und der Impuls fehlen, sich mit dem Inhalt einer wichtigen Vorlage überhaupt einigermaßen ernsthaft zu beschäftigen. Die Fülle der Volksabstimmungen, nicht allein in diesem Jahre, trägt dazu bei, dass die Mobilisierung einer Mehrheit der Bürger zum Gang an die Urne selbst durch die dringendsten Appelle kaum mehr zu erreichen ist; weil solche Appelle allzu oft wiederkehren und nicht immer im Verhältnis zur Bedeutung einer Vorlage stehen, werden sie immer weniger zum Nennwert entgegengenommen. Die direkte Demokratie unterliegt infolge ihrer Strapazierung offenkundig dem Gesetz des abnehmenden Ertrags.

Dies sind einige Bemerkungen allgemeiner Natur, die sich auf Erfahrung und Beobachtung stützen. In welcher Weise sie - soweit sie als richtig oder wenigstens erwägenswert angesehen werden sollten - bei der Information über die Integrationsproblematik zu berücksichtigen wären, wird nicht zum vornherein und für jede im Laufe der Integrationsverhandlungen eintretende Situation

festgelegt werden können; für das Ermessen, insbesondere auch der taktischen Gesichtspunkte, bleibt ein erheblicher Spielraum. Mit Entschiedenheit möchte ich davor warnen, in einem Frühstadium der Integrationsverhandlungen die im breiten Publikum, selbst in gebildeten Kreisen unzweifelhaft vorhandene grosse Informationslücke durch einen massiven Aufwand an Aufklärung ausfüllen zu wollen. Natürlich sollte man versuchen, einer Oeffentlichkeit, für die einegrosse Reihe von Begriffen und Bezeichnungen des Integrationsvokabulars unverständliche Chiffren darstellen, ein gewisses Mass an sachlicher Kenntnis durch die Uebersetzung der Geheimsprache von Brüssel - in der auch Bern sprechen, d.h. verhandeln muss -, also eine Basisinformation zu vermitteln. Das kann aber nicht durch die Verwendung einer Art von Nürnberger Trichter in den Massenmedien geschehen; einer solchen Didaktik würden die Hörer, Seher und Leser sehr bald überdrüssig werden und sich interessanteren Gegenständen zuwenden. Mehr als von eigentlichen und regelmässigen Lektionen würde ich mir davon versprechen, wenn Basisinformation sozusagen "nebenbei" in die regelmässig wiederkehrende Information über die laufenden Verhandlungen bzw. über deren Bedeutung und Ziel infiltriert werden könnte. Dabei darf man sich allerdings keinen Illusionen darüber hingeben, dass auch ein über den Unterschied zwischen einer Zollunion und einer Freihandelszone, über GATT-Konformität und Aehnliches aufgeklärter Bürger aus dieser Kenntnis noch keine Elemente für seine spätere Urteilsbildung beziehen wird, zu der er sich erst fähig fühlen dürfte, wenn ihm die politische Bedeutung des diese Probleme involvierenden Entscheids klargemacht wird. Für wichtiger als den Versuch, "Integrationserwachsene" heranzubilden, halte ich die frühzeitige genaue, zahlenmässig belegte Information über die Bedeutung unseres Aussenhandels und die für diesen durch die Höhe des schliesslich negozierten Integrationsgrades entstehenden Probleme. (Ob in diesem Zusammenhang schon die Frage des Festhaltens an der Autonomie der schweizerischen Handelspolitik aufgeworfen

werden könnte, entzieht sich meiner Beurteilung, weil die Antwort darauf von unserm Verhandlungskonzept abhängt, das vorläufig zu den Arcana Imperii gehört).

Damit möchte ich mich nicht gegen die Idee einer "Integrationsfibel" ausgesprochen haben, obwohl ich der Meinung bin, dass ihre Verbreitung und ihr Nutzen eher unter dem Gesichtspunkt der Bildung von Kadern für die Aufklärung der weitem Oeffentlichkeit betrachtet werden sollte, als dass sie für die direkte Aufklärung und spätere Urteilsbildung der Bürgerschaft besonders dienlich und wirksam erschiene. Auch einer grossen Anzahl von Zeitungen, die keine Spezialisten für Integrationsfragen besitzen, wäre mit einer solchen Integrationsfibel zweifellos gedient; ebenso sollten die Parteien auf eine solche Dokumentation greifen können. Ferner sollte man an die Lehrer von Mittel- und Hochschulen denken.

In der Annahme, dass die Diskussion über das Problem der Information, zu der diese Aufzeichnung einen Beitrag bilden soll, noch nicht abgeschlossen ist, möchte ich meine Meinung dahin zusammenfassen, dass in diesem Stadium der Integrationsverhandlungen bis zum Zeitpunkt des vorauszusehenden Abschlusses ein scheinbares "Zu wenig" an Information viel geringeren Schaden anrichten oder - positiv gesagt - der spätem Urteilsbildung mehr dienen würde als ein abstossendes und abstumpfendes "Zu viel", das den Bürgern die noch nicht recht verstandene Problematik schon lange vor dem Termin des von ihnen zu treffenden Entscheids "verlangweiligen" würde.

Dass die Aufgabe unserer Negotiatoren nicht durch Indiskretionen, also auch nicht durch ein "Zu viel" an Information über den Gang der Verhandlungen, gefährdet werden darf, halte ich für selbstverständlich. Immerhin dürfte die Möglichkeit geboten sein, bei der Behandlung kritischer Probleme und in kritischen Situationen durch die streng selektive Unterrichtung von vertrauenswürdigen Persönlichkeiten aus Politik und Publizistik auch die öffentliche Meinung auf Klippen und Stürme aufmerksam zu machen und einen Einfluss auf ihre Haltung auszuüben, der den Negotiatoren eine

Rückendeckung verschaffen würde. Sache der Verantwortlichen wird es sein, zu entscheiden, ob und wann im Falle einer das Integrationsschiff mit dem endgültigen Scheitern bedrohenden Krise auch der "Paukenschlag" aus der bekannten Symphonie dieses Namens einmal ertönen muss. Diese Möglichkeit ist ja wohl nicht zum vornherein auszuschliessen, da Verhandlungen dieser Art meistens auch von einem publizistischen Nervenkrieg begleitet sind, dem sich allerdings zu gewissen Zeiten gerade die Leitung unserer Aussen- und Aussenhandelspolitik nicht völlig gewachsen gezeigt hat, wie ich in einem Aufsatz "Presse und Aussenpolitik" im Jahrbuch 1947 der Neuen Helvetischen Gesellschaft darzustellen in der Lage war. Deshalb ist es denkbar, dass in den kommenden Monaten und Jahren unsere Kommission und vor allem die ihr angehörenden Kenner der pressepolitischen Fragen den Behörden unter Umständen durch ihren Rat tatsächlich gewisse Dienste leisten könnten.
